

Inhalt der Sitzung vom 12.12.2011

Vor Eröffnung der Sitzung gab Bürgermeister Schmitt bekannt, dass er die TOP 3 und 4 von der Tagesordnung zurückzieht. Die Bürgerversammlung hat gezeigt, dass es seitens der Bürgerinnen und Bürger zwar eine große Zustimmung zu den vorgestellten Vorhaben gebe, jedoch auch einzelne kritische Fragen und Anregungen geäußert wurden, welche sinnvollerweise noch einmal im zuständigen Ausschuss beraten werden sollten.

Er wies dabei darauf hin, dass auch den Bürgerinnen und Bürgern, die nicht an der Bürgerversammlung teilnehmen konnten, Gelegenheit gegeben werden soll, sich über die Projekte informieren zu können. Deshalb werden die Pläne und Unterlagen zur Einsichtnahme ausgehängt.

TOP Ö 2

Entscheidung über die Annahme einer Spende nach § 78 Abs. 4 GemO

Am 15.11.2011 spendete die Weldebräu GmbH & Co. KG, Plankstadt 2.500 € für die Notgemeinschaft. An Kleinspenden bis 100 € konnte die Gemeinde 2011 den Betrag von 348 € empfangen.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sprach den Dank der PL aus und gab die Zustimmung.

GR Karl Schleich (CDU) bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion und gab die Zustimmung.

GR Jutta Schneider (SPD) bedankte sich im Namen der SPD-Fraktion und gab die Zustimmung.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach den Dank der GLP aus und gab die Zustimmung.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

TOP Ö 5

Gemarkungstausch Schwetzingen/Plankstadt

-Abschluss eines öffentlich rechtlichen Vertrags zur Regelung einer Gebietsänderung im Wege der Umgliederung
In der Gemeinderatssitzung am 18. Juli 2011 hat der Gemeinderat grundsätzlich einen weiteren Tausch von Gemarkungsflächen mit der Stadt Schwetzingen beschlossen. Im Interesse beider Kommunen sollen, im Sinne der Flurbereinigung, Flächen an den Ortsrändern getauscht werden.

Die erforderliche Anhörung der vom Gemarkungstausch betroffenen Bürger wurde am 25. September 2011 durchgeführt. Von 24 Anzuhörenden wurden am Wahltag 9 Stimmen abgegeben. 5 Personen (20,8 %) sprachen sich gegen, 4 Personen für den Tausch aus.

In Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Stadt Schwetzingen und der Rechtsanwaltskanzlei Caemmerer-Lenz wurde ein Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Regelung der beschlossenen Gebietsänderung erarbeitet, der die Interessen beider Kommunen berücksichtigt.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass am 18. Juli alle Fraktionen bis auf die GLP dem Gemarkungstausch bereits in einem Grundsatzbeschluss zugestimmt haben. Er sagte, dass die PL den Gemarkungstausch als sinnvoll erachte und gab die Zustimmung.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass die Vorlage einiges hergebe und dass man seitens der CDU zustimme.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass in der Sache vieles nicht optimal verlaufen sei. Man habe sich eingehend mit der Sache beschäftigt. Nach einem argumentativen und semantischen Eiertanz der Verwaltung habe man am 18. Juli nur mit Bedenken zugestimmt und sei maßlos enttäuscht über das Vorgehen der Verwaltung. Man versuche Plankstadt wissentlich über den Tisch zu ziehen und man sei vor weiteren

Kuckuckseiern nicht gefeit. Er gab die Ablehnung der SPD.

BGM Schmitt stellte klar, dass die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Gemeindeverwaltung vom Kommunalrechtsamt, Regierungspräsidium und sogar dem Innenministerium bestätigt wurde und er die Verfahrenskritik nicht nachvollziehen könne.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) sagte, dass die Mehrheit derjenigen, die abgestimmt haben, gegen den Gemarkungstausch war. Plankstadt habe nicht genug um diese 24 Einwohner gekämpft und die Anhörung habe ja eigentlich das Kommunalrechtsamt durchgeführt. Er kritisierte, dass der öffentlich rechtliche Vertrag nicht im Ausschuss oder Gemeinderat vorberaten wurde. Nach Ansicht der GLP berücksichtige der Gebietstausch nicht die Interessen beider Kommunen. Es handle sich um ein Placebo für den Gemeinderat, da Plankstadt Schwetzingen zu nichts zwingen könne. Es fehle weiterhin der Tag der Rechtswirksamkeit der Grenzänderung. Man brauche die von AstraZeneca zurückgewonnenen Gebiete nicht, um sie gleich wieder zu verschern. Schwetzingen saniere sich, für Plankstadt sei es eine Verschwendung von Gemeindevermögen, deshalb sehe man sich eventuell bei den entsprechenden Gremien zur Klärung wieder. Er beantragte Einzelabstimmung.

Das Abstimmungsergebnis lautet:

Mehrheitliche Zustimmung mit 13 Ja-Stimmen der PL (7), CDU (5), die Stimme des Bürgermeisters und 5 Nein-Stimmen der SPD (3), GLP (2).

TOP Ö 6

Zustimmung des Gemeinderats zu über-/außerplanmäßigen Ausgaben

Ein Nachtrag ist aufgrund der positiven Entwicklung des Haushaltes 2011 nicht erforderlich. Jedoch fallen zustimmungspflichtige Mehrausgaben an.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, dass die Entwicklung des Haushaltsplanes 2011 positiv verlaufen sei. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Karl Schleich (CDU) sagte, dass man Gott sei Dank keinen Nachtragshaushaltsplan erstellen müsse. Man stimme seitens der CDU zu.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sprach Dank an RAL Kroiher aus und gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach ein Lob für die zügige Abrechnung des Baugebiets Bruchhäuser Weg aus und gab die Zustimmung der GLP.

BGM Schmitt schloss sich den Lobesworten für die zügige Abrechnung und gute Abwicklung der Erschließung an. Er dankte den Beteiligten in der Verwaltung und auch der Fa. Bauland, welche ebenfalls einen sehr gute Job gemacht habe.

Der Gemeinderat gab einstimmig seine Zustimmung.

TOP Ö 7

Neufassung der Abwassersatzung zum 01.01.2010 wegen der Abwassersatzung zum 01.01.2010 wegen der Einführung der gesplitteten Abwassergebühren mit Gebührenneufestsetzungen ab 01.01.2010 und ab 01.01.2012

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat in einem Grundsatzurteil festgelegt, dass die Abwassergebühr in eine Gebühr für Schmutzwasser und Niederschlagswasser aufgeteilt werden muss.

Die Abwassersatzung ist deshalb zum 1. Januar 2010 neu zu fassen und die Gebühren sind ab dem 01. Januar 2010 und ab dem 1. Januar 2012 neu zu kalkulieren. Die Abwassergebühr beträgt seit 1.1.2010 2,50 €/m³. Im

Abwasserbereich ist ein Kostendeckungsgrad von 100 % anzustreben. Die neue Kalkulation der gesplitteten Abwassergebühr ab 2010 sieht gebührenfähige Kosten in Höhe von 1.192.600 € vor. Für die Berechnung 2012 sind Kosten in Höhe von 1.601.895 € zugrunde zu legen. Die Kalkulationen ergeben Gebühren für Schmutzwasser ab 1. Januar 2010 von 2,24 €/m³; ab 1. Januar 2012 2,98 €/m³ und für Niederschlagswasser ab 1. Januar 2010 0,24 €/m³; ab 1. Januar 2012 0,43 €/m³.

Ursächlich für den deutlich höheren Gebührenbedarf gegenüber der letzten Kalkulation ist vor allem die Pflicht der Gemeinde nach der Eigenkontrollverordnung das gesamte Kanalnetz zu untersuchen und festgestellte Schäden zu beseitigen. Erstmals sind auch die Hausanschlüsse in diese Untersuchung einbezogen.

Herr Vogel vom KIRU stellte die Abwasserkalkulation mittels einer Präsentation vor.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte, ob für die Bürger nun zusätzliche Kosten entstehen könnten, wenn sie sich einen Zwischenzähler einbauen lassen. Bürgermeister Schmitt erklärte, dass die Bürger die Zähler selbst einbauen müssen und darüber hinaus keine weiteren Kosten für den Einbau an die Gemeinde anfallen. Sie sagte, dass Skepsis bei den Bürgern vorhanden sei. Es sei jedoch gut, dass man nun noch sinnvoller mit dem kostbaren Gut Wasser und dessen Verbrauch umgehe. Schweren Herzens stimme die PL der Beschlussvorlage zu. Würde man nicht zustimmen würde man sich nur in die eigene Tasche lügen.

GR Prof. Udo Weis (CDU) sagte, dass der Vortrag transparent gewesen sei und schnell klargeworden wäre, in welcher Situation sich die Gemeinde befinde, denn es gäbe hier wenig Spielraum. Man habe schlicht keine andere Möglichkeit. Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, die Vorlage umfasse 80 Seiten, eine wahre Fleißarbeit für die Kämmerei. Es gäbe trotzdem keine Zustimmung seitens der SPD weil die Preiserhöhung so steil erfolge. Auch die kalkulatorischen Zinsen seien mit 5 % zu hoch veranschlagt, diese seien nach Schätzung der SPD mit maximal 3 % zu veranschlagen.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass die Kostenabrechnung von vielen Faktoren beeinflusst sei. Es sei die Frage, welche Menge an Schmutzwasser tatsächlich anfallen werde. Im Moment wäre es so ein bisschen wie Kaffeesatzleserei. Sie gab die Zustimmung der GLP.

Bgm Schmitt stellte nochmals kurz klar, dass die Gebührenerhöhung, wie von Herrn Vogel bereits dargelegt, nicht durch die Splittung der Abwassergebühr verursacht wurde, sondern durch die steigenden Kosten und hier insbesondere die aufgrund der Eigenkontrollverordnung notwendige Kanalsanierung.

Das Abstimmungsergebnis lautet:

Mehrheitliche Zustimmung mit 15 Ja-Stimmen der PL (7), CDU (5), GLP (2), die Stimme des Bürgermeisters und 3 Nein-Stimmen der SPD.

TOP Ö 8

Bekanntgabe des in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 07.11.2011 gefassten Beschlusses

Erwerb von zwei Flurstücken

Mehrheitlich angenommen.